

24. Oktober 2004:

Wählt Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung



www.liste13.ch.vu

„Soll das heissen, dass wir uns
bescheiden
Und 'so ist es und so bleibt es' sagen
sollen?
Und, die Becher sehend, lieber Dürste
leiden
Nach den leeren greifen sollen, nicht den
vollen?“

Soll das heissen, dass wir draussen
bleiben
Ungeladen in der Kälte sitzen müssen
Weil da grosse Herrn geruht, uns
vorschreiben
Was da zukommt uns an Leiden und
Genüssen?

Besser scheint's uns doch, aufzubegehren
Und auf keine kleinste Freude zu
verzichten
Und die Leidenstifter abzuwehren
Und die Welt uns endlich häuslich
einzurichten!“

Bert Brecht

Die Abwärts-
spirale
Seite 2

Sparen, Sparen,
Sparen
Seite 2

Unsere
KandidatInnen
Seite 2/3

Das Geschäft mit
der Armut
Seite 3

Wofür steht die
Liste 13 ein?
Seite 4

Von Armut und Reichtum

Wenn das Einkommen von Novartis-Chef Daniel Vasella 108 Mal über dem Durchschnittslohn der Angestellten seines Konzerns liegt (Tagesanzeiger vom 3.8.04), wenn er mit seinen 14 Millionen Jahreseinkommen und seine KollegInnen aus Schweizer Chefetagen ihren Lohn seit 2002 um durchschnittlich 44 Prozent erhöht haben (NZZ am Sonntag vom 25.7.04), während gleichzeitig die Zahl der Armutsbetroffenen in den letzten zwei Jahren um 100 000 Personen auf 850 000 angewachsen ist (Caritas-Studie), dann ist das unverschämte und ungerecht. Immer mehr AHV- und IV-RentnerInnen müssen Ergänzungsleistungen beantragen, weil sie mit ihren Renten nicht mehr über die Runden kommen. Im letzten Jahr mussten 5,7 Prozent mehr Ergänzungsleistungen an AHV- und IV-RentnerInnen ausbezahlt werden. Bei den IV-RentnerInnen allein betrug die Zunahme sogar 9,5 Prozent (BaZ vom 26.7.04).

Die Steuern auf hohe Einkommen wurden und werden gesenkt. Die geringeren Steuereinnahmen führen zunehmend zu leeren Staatskassen. Diese sollen dann auf Kosten der Armen, Alten und Kranken saniert werden. Die Senkung der Altersrenten und die Erhöhung des Rentenalters wurde von den Stimmgewinnern im Mai zum Glück zurückgewiesen. Im Herbst soll nun durch eine massive Kürzung der IV-Renten eine halbe Milliarde eingespart werden; zudem planen die Kantone bei der bereits heute niedrigen Sozialhilfe Einsparungen in Millionenhöhe. Die Sparmassnahmen werden mit immer aggressiveren Medienberichten über und gegen uns ge-



Die „Armutskonferenz von unten“ am 1. Mai 2004 in Basel

rechtfertigt. Wir seien nur zum Schein invalid und arm und deshalb BetrügerInnen. Wir sind nicht mehr bereit zu akzeptieren, dass diese Politik auf unserem Buckel ausgetragen wird. Die Superreichen müssen höher besteuert werden. Über die gesellschaftlichen Ursachen der zunehmenden Armut und Krankheit wird nicht mehr gesprochen. Wir von der „Armutskonferenz von unten“, an der sich AHV-, IV-RentnerInnen und SozialhilfebezüglerInnen beteiligen, wollen diese zunehmende Spaltung der Gesellschaft zum Thema machen. Dafür haben wir die Liste 13 ins Leben gerufen und treten bei den Wahlen an. Setzen Sie ein Zeichen gegen die schreiende Ungerechtigkeit! Machen Sie mit bei der „Armutskonferenz von unten“. Oder werfen Sie einfach am 26. Oktober die Liste 13 in die Urne!

Liste 13: Wer steckt dahinter?

Im Oktober 2003 ist mit Unterstützung der IGA (Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen) die von Armutsbetroffenen gegründete Basler „Armutskonferenz von unten“ entstanden. SozialhilfeempfängerInnen, IV- und AHV-RentnerInnen, Working Poor, Jugendliche und Erwerbslose treffen sich seither regelmässig, um für ihre Rechte zu kämpfen. Seit dem ersten Basler Armutstribunal im Januar 2004 fordern die Betroffenen aktiv ihr Mitspracherecht und äussern auch bei Behörden und in Vernehmlassungen erfolgreich ihre Kritik an Missständen.

Die fehlende Lobby und Unterstützung – zusätzlich zu Zwängen, Repressalien und der weiteren Abdrängung in die Armut – zwingt die Betroffenen nun dazu, auch politisch zur Selbsthilfe zu schreiten. So hat sich die „Basler Armutskonferenz von unten“ dazu entschlossen, den Verein „Liste gegen Armut und Ausgrenzung“ zu gründen und mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten an den Grossrats- und Regierungsratswahlen 2004 in Basel teilzunehmen. Die „Liste 13“ besteht mehrheitlich aus Betroffenen selbst, aber auch andere sozial Engagierte wirken tatkräftig mit.

Fakten zu Erwerbs- losigkeit und Armut

Im Juli 2004 waren 143 125 als Erwerbslose auf den Arbeitsämtern gemeldet. 210 740 Menschen waren auf Stellensuche (seco).

Letztes Jahr waren durchschnittlich 26 132 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren ohne Job. Das sind 40 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (20 Minuten, 9.1.04). Die Jugenderwerbslosigkeit liegt um 1 Prozent über der durchschnittlichen Erwerbslosenrate.

250 000–300 000 erwachsene Menschen in der Schweiz zählen zu den „Working Poor“ (Caritas-Studie). Die grösste Gruppe davon sind Alleinerziehende, 87 Prozent davon Frauen.

Die Zahl der Armen ist in den letzten zwei Jahren um 100 000 auf 850 000 gestiegen. 13 Prozent der Menschen in der Schweiz müssen mit weniger als 2000 Franken pro Monat auskommen und leben damit unter der Armutsgrenze.

200 000–250 000 Kinder in der Schweiz sind armutsbetroffen. Das bedeutet jedes zehnte Kind (seco).

6100 Menschen in Basel leben von der Sozialhilfe. Gesamtschweizerisch wird geschätzt, dass sich nur 50 Prozent der Menschen, die Anrecht auf Sozialhilfe hätten, diese Unterstützung beantragen (aus Unwissen oder Scham).



in die Regierung!



Unsere RegierungskandidatInnen:

Urs Diethelm, Jean-Pierre Weber, Ruth Banderet und Urs Schaub (v.l.n.r.)

Stopp der Abwärtsspirale!

Egal, ob jemand die Stelle verliert, krank wird oder einen Unfall erleidet, jung oder alt ist oder einen unterbezahlten Job hat und für den Rest vom Sozialamt abhängig ist – sie alle gehören zu den Ausgegrenzten. Die Spirale nach unten setzt an, wo der Alltag auseinander bricht: Wenn ein arbeitsloser Mensch keine neue Arbeit findet, weil es zu wenig bezahlte Stellen gibt, drängt ihn das System zu Billig- oder Gratisbeschäftigung. Wer sich weigert, hier mitzuspielen, wird mit Geldkürzungen bestraft. Sanktioniert werden somit die Betroffenen selbst, statt die Wirtschaft, die zu wenig bezahlte Ar-

beitsplätze anbietet. Wird ein Mensch krank und ist voraussichtlich für längere Zeit nicht mehr erwerbsfähig, drängt ihn das System in die Armut, sprich zum Sozialamt; manchmal mehrere Jahre, bis die Invalidenversicherung endlich ihren Entscheid fällt. Wer krank ist, wird also aufgrund der Krankheit in die unterste Existenzebene gezwungen, was eigentlich im Sinn der Gesundheit der Betroffenen von keinem Arzt verantwortet werden könnte. Sucht ein junger Mensch nach einem Ausbildungsplatz oder Arbeit und scheitert dabei, weil es nicht genügend Stellen gibt, zerbricht der Glaube an die Zukunft. Er verzweifelt, weil er vom System als unfähig betrachtet wird, statt Unterstützung zu erhalten. Erreicht ein Mensch nach jahrelanger Arbeit das Rentenalter, ist er oft überrascht über die mickrige AHV-Rente, die kaum zum Leben reicht, obwohl einem jahrelang eine ausreichende Rente versprochen wurde. Dass man zum Bezug von Ergänzungsleistungen gezwungen wird, erscheint vielen als Hohn.



Stopp dem skrupellosen Sparen!

Im Kanton Basel-Stadt wurden in den letzten zehn Jahren vor allem Gutverdienende mit jährlich 300 Millionen Franken an Steuerersenkungen beschenkt. Jetzt sollen 200 Millionen dieser Mindereinnahmen bei den unteren Einkommen und Armutsbetroffenen eingespart werden (Sparprogramm 1+2 2003/04). Der regierungsrätliche Sozialabbau erhöht die Zahl der Armutsbetroffenen und spart bei den Menschen, die wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter etc. auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind. Hier in Kürze ein Teil der vom Regierungsrat beabsichtigten Abbaumassnahmen:

■ vollständige Streichung der Beihilfen zur Deckung der Lebenskosten bei 6500 AHV- und IV-RentnerInnen mit bescheidenen Einkommen (unter 3000 Franken): Abbau von 9,3 Millionen Franken

■ Kürzung der Pflegebeiträge für die Betreuung von behinderten Kindern um 200 000 Franken

■ Kürzung der Sozialhilfe um 5 Prozent und Streichung des Lohnanteils, den Working Poor, bisher behalten durften; zusammen mit anderen Kürzungen für SozialhilfebezüglerInnen ein Abbau von 4,5 Millionen Franken

■ Kürzung oder Streichung von Prämienverbilligungen bei der Krankenversicherung für 8500 Menschen mit niedrigem Einkommen: Abbau von 4,5 Millionen Franken

■ Streichung der Unterstützung für die erhöhten Ernährungskosten bei Diabetes-Kranken: Abbau von 1,1 Millionen Franken

■ Kürzung der Beiträge an Behindertenheime um 2 Millionen Franken

Arbeitet ein Mensch in einer unterbezahlten Vollzeitstelle, reicht der Lohn schliesslich nicht, um davon zu leben. Er ist gezwungen, beim Sozialamt Unterstützung zu beantragen. Trotz harter Arbeit gehört er nun zu den SozialgeldbezüglerInnen bzw. zu „Sozialschmarotzern“. Jede dieser Situationen kann jeden oder jede von uns treffen. Es ist meist ein Rutsch in eine gesellschaftliche Abwärtsspirale. Wir erleben Zwang, Repressionen. Wir stecken in Situationen, in denen wir uns unterdrückt, ungerecht behandelt, belogen und gedemütigt fühlen. Unser eigener Anteil an Bemühungen läuft irgendwann ins Leere, weil wir

■ Erhöhung der SchülerInnenzahlen in Klassen und Lerngruppen von Kindergärten und Volksschulen; betroffen sind vor allem Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen: Abbau: 3,5 Millionen, neben anderen Einsparungen im Bildungsbereich von insgesamt 15 Millionen Franken

■ Erhöhung der Tram- und Buspreise, Kürzung der Vergünstigungen für IV-RentnerInnen und Leistungsabbau bei der BVB: 1,9 Millionen Franken

■ Streichung von 600 Ganzstellen beim Kanton bis 2006, womit rund 1000 Personen (in Ganz- oder Teilzeit) ihre Stelle verlieren und zum grössten Teil erwerbslos werden. Angesichts der aktuellen Arbeitsmarktlage bedeutet das für viele den Weg zum Sozialamt.

■ Streichung des Teuerungsausgleichs 2005 und 2006 für Staatsangestellte; Hauptbetroffene sind Angestellte mit niedrigem Einkommen (60 Prozent davon Frauen), aber auch BezieherInnen kantonaler Pensionskassenrenten.

Auch Bundesrat bittet

IV-RenterInnen zur Kasse

Auch der Bundesrat will mit der 5. IV-Revision mindestens 318 Millionen Franken an Rentengeldern einsparen. Die Massnahmen sollen Anfang 2007 in Kraft treten. Diese Kosteneinsparungen sollen durch die Kürzung bestehender und neuer Renten erreicht werden. Massive Einsparungen sind bei Verheirateten und RentnerInnen mit Kindern geplant. Ebenso soll der Karrierezuschlag für RentnerInnen unter 45 Jahren wegfallen. Diese Kürzungen können bis zu einem Viertel der schon heute äusserst bescheidenen Renten (maximal 2110.-) führen. Ebenso soll der Anspruch auf eine IV-Rente erst nach fünfjähriger Erwerbsunfähigkeit bestehen (bisher nach einem Jahr). Weitere Kürzungen sind für im Ausland lebende IV-RentnerInnen in Diskussion; für Invalide mit Wohnsitz ausserhalb der EU/EFTA könnte die Rente ganz gestrichen werden.

Die psychischen Folgen für die Betroffenen bleiben bei all diesen Kürzungen und Massnahmen unberücksichtigt.

Wir fordern den Stopp all dieser Abbaumassnahmen!



Rentnerin in Deutschland beim Protest gegen den Sozialabbau

kein Ende oder keine Lösung sehen. Unser Vertrauen in das System ist erschüttert.

Unsere Kräfte lassen nach, unser Mut und die Hoffnung ebenso. Je mehr Schuldgefühle man uns zuspricht, umso schlechter fühlen wir uns zusätzlich. Und je länger unsere prekäre Situation dauert, umso unfähiger werden wir im Wollen und Handeln, weil das Selbstwertgefühl zerbricht.

Die einen mögen zwar mehr verkraften als die anderen. Letztendlich ziehen wir in solchen Armutssituationen aber irgendwann alle den Kürzeren. Die Folgen sind meist Ausgrenzung, Depression, der Griff zum Alko-

hol, Schwarzarbeit (und somit Kriminalität), zerstörte Familien, der Verlust des sozialen Umfeldes, die Vererbung der Armut an Kinder und Kindeskiner, Aggressionen, Amoklauf, Krankheit, Tod.

Impressum

Herausgeberin:
Verein „Liste gegen Armut und Ausgrenzung“
Postfach 279, 4005 Basel
PC 40-194317-4

Auflage: 50 000
Druck: Phönix Printing Pool
auf Schweizer Recyclingpapier mit Ökodruckfarben

KandidatInnen



Thomas Erlemann, Hans-Georg Heimann, Urs Schaub, Susan Schneider, Michele Burkart, Christoph Ditzler

Kleinbasel



Sylvia Martino, Oliver Röllin, Inge Diethelm, Theres Zindel, Sandy Vogel



Brigitte Schneider, Urs Diethelm, Markus Schweizer



Grossbasel Ost

Nikolaus Brunner

Die vollständige Liste aller KandidatInnen mit ihren Porträts finden Sie auf unserer Website: www.liste13.ch.vu

in den Grossrat!



Jean-Pierre Weber, Maria-Theresia Brunner, Sven Röhler

Grossbasel West



Regula Wyss, Sarah Wickli

„Genau die Scheinunternehmer erhöhen andauernd die Leistungsanforderungen an ihre MitarbeiterInnen. Schon bei deren Auswahl wollen sie nur die Leistungsfähigsten und Belastbarsten, und die sollen grenzenlos verfügbar sein. Von Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, auch weniger starke Menschen zu beschäftigen, drücken sie sich im Namen der freien Marktwirtschaft und der Globalisierung.“

„Dazu schlage ich vor, dass der Staat die wirklichen ExpertInnen, die mit grösster Phantasie sparen können, die mit 2000 Franken sogar eine Familie durchbringen können, in die Gestaltung des Budgets und der Verwaltungsabläufe einbezieht ...“

„Haben wir einfach patriarchale und inhaltslose Gesetze, die nichts mit uns zu tun haben? Fehlt es nicht einfach an Ethik im humanistischen Basel?“

„Ich hatte zwei Sozialbetreuerinnen. Sie waren beide hilfsbereit und kooperativ, aber beide sind gegangen. Jetzt betreut mich jemand, wo ich das Gefühl habe, ich werde total ausgeblendet. Es fühlt sich unwürdig an, nicht sozial und nicht kooperativ, obwohl es für uns BezügerInnen ein absolutes Muss ist, seine Pflichten einzuhalten.“

„Ich klage an, weil mich die Regionale Arbeitsvermittlung mit weiteren Taggeldkürzungen zur Anmeldung bei der Invalidenversicherung zwingen wollte. Dabei war ich damals kerngesund.“

„Zuerst ein paar Vorstellungsgespräche und mehrere Telefonate. Es kam immer wieder die gleiche Antwort: ‚Wir haben uns für jemand anderen entschieden.‘ Bei Vorstellungsgesprächen habe ich manchmal ein Black out. Ich würde mir erwarten, dass man mich unterstützt und mir Tipps gibt, aber das passiert nicht.“

„Da sind wir nicht zuständig“, ist nur einer der vielen Sätze, den wir bei Behörden gerne mal hören. Und schon werden wir wieder zum nächsten Amt geschickt. Von den juristisch formulierten Formulare, die eh keiner versteht und die wir immer bergeweise ausfüllen müssen, sprechen wir besser nicht.“

„Denn gegen den Auszahlungstermin der Sozialhilfe hin bleibt auch bei mir immer mehr Monat als Geld übrig.“

„Ausgerechnet Erziehende, die den Kindern eine Zukunft und Perspektive vorleben sollten, sind armutsbetroffen, da kein Betrieb gerne Mütter einstellt, die nicht allzeit präsent und verfügbar sind. Ausgrenzung und Abwertung beginnt im Arbeitsamt: Erziehungsarbeit wird nicht anerkannt als Arbeit, und Mütter werden nicht bedürfnisorientiert integriert, sondern berufshierarchisch, was sie zu Working Poor macht.“

„Die ‚Schöpfer‘ der AHV versprochen den BürgerInnen als Ziel für das Alter existenzsichernde Renten, die ihnen den individuell gewohnten Lebensstandard der letzten Jahre ihrer Erwerbstätigkeit voll garantieren würden. Heute beträgt eine volle AHV-Rente maximal 2110 Franken, also knapp zwei Drittel des gewerkschaftlich geforderten Existenzminimums. Wo sind nun die Versprechen des Bundes?“

„Man hat mir eine Vorlehre angeboten. Vor der Anmeldung muss aber ein Betrag von Fr. 128.- bezahlt werden. Ich wäre auf eine lange Warteliste gekommen. Man muss bis spätestens Oktober eine Praktikumsstelle finden, sonst muss man die Schule verlassen. Das Verlassen der Schule kostet aber noch mal rund Fr. 800.-, da ich lauter Absagen erhalte.“

Stopp dem Geschäft mit der Armut!

Das Geschäft mit der Armut beginnt bereits dort, wo diese ihren Anfang nimmt: wenn nach einer Sanierungsrunde mit tausend Entlassungen in einem superreichen Konzern dessen Aktienwert in die Höhe schwingt und die verantwortlichen ManagerInnen dafür noch einen kolossalen Bonus einstreichen. Die sozialen Folgekosten von Entlassungen werden einfach dem Staat übergeben. Dieser tut sich schwer und ist vor allem darum besorgt, die überschüssigen Menschen kontrolliert ruhig zu stellen. Die Betroffenen verkommen dabei in einem „Schattendasein“. Diese Kontrolle und dieses Wegsperrn aus dem öffentlichen Bereich dürfen ruhig etwas kosten. Hier setzt ein weiteres Geschäft mit der Armut ein: Viele Institutionen leben davon, das Problem der Erwerbslosigkeit zu kaschie-



Kein Inserat

ren. Sie prüfen, ob die Erwerbslosen wirklich arbeiten wollen, wissend, dass geeignete Stellen gar nicht vorhanden sind. Allein in Basel-Stadt fließen ca. 30 Millionen Franken in solche potjemkinschen Dörfer, die als vorübergehende Beschäftigungs- oder Integrationsmassnahmen, Standortbestimmungen, Coaching-Programme usw. daherkommen. Auch wenn diesen Programmen ein fürsorglicher Gedanke zugrunde liegt – man will den Armen helfen –, interessiert es niemanden, was

sie den Betroffenen wirklich bringen. Selbst die Gewerkschaften mit ihren Arbeitslosenkassen profitieren von der Erwerbslosigkeit: Pro verwaltetem Kopf erhalten sie von der Versicherung eine Pauschale, die in „guten“ Jahren schon mancher Gewerkschaft half, sich zu sanieren. Hier besteht Handlungsbedarf, den die Liste 13 anpacken will. Der Kanton braucht nachhaltige Lösungen und keine kurzfristigen, teuren, meist mit Zwang verbundenen Durchlauferhitzer. ●

Liste 13 spricht Klartext!

Die Liste 13 gegen Armut und Ausgrenzung stützt sich auf die Forderungen und Erfahrungen der Armutskonferenz und steht für folgende Ziele ein:

Gesicherte materielle Verhältnisse für alle!

Alle Menschen haben Anrecht auf eine gesicherte Existenz. Rund jeder und jede fünfte EinwohnerIn dieser Stadt verfügt nicht über ein angemessenes Einkommen, um die Grundbedürfnisse an Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ernährung, Kultur etc. zu befriedigen.

Als konkrete Massnahme zur Behebung dieses Missstands fordern wir die Einführung eines Grundeinkommens neben einem gesetzlichen Mindestlohn. Eine Initiative für ein gesichertes Grundeinkommen ist in Vorbereitung und wird demnächst bei der „Armutskonferenz von unten“ bzw. über unsere Website erhältlich sein. Engagieren auch Sie sich!

Kreative Freiräume statt Ausgrenzung und Zwang!

Jugendliche und Armutsbetroffene sind aus dem öffentlichen Raum weitgehend ausgegrenzt. Dabei bräuchten gerade

sie vermehrt Freiräume, um gesellschaftliche Kontakte zu pflegen, ihr Selbstwertgefühl wieder aufzubauen und aktiv zu werden. Wir stehen für den Geist solidarischer Zusammenarbeit, die Förderung von Projekten in Selbsthilfe und eine volle, akzeptierte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein.

Für ein menschenwürdiges Sozialwesen!

Unter den aktuellen politischen Vorgaben arbeiten viele Sozialinstitutionen eher gegen- als miteinander. Zudem mangelt es an Transparenz über die den Bedürftigen zustehenden Leistungen. Wir fordern die konsequente Zusammenführung aller Sozialleistungen in ein transparentes, einfaches System, das die materiellen Bedürfnisse abdeckt. Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebote müssen an den realen Bedürfnissen und Kompetenzen der Betroffenen ansetzen. Völlig inakzeptabel ist für uns, dass SozialhilfeempfängerInnen oder Erwerbslose dazu missbraucht werden, auf dem grauen Arbeitsmarkt, von dem die Wirtschaft, Behörden, Gemeinden und Institutionen profitieren, Lohndumping-Funktionen zu erfüllen.

Eine fortschrittliche Sozialpolitik muss sich auch mit den Ursachen befassen, die zum Bedarf an Sozialleistungen führen, und dort regulierend eingreifen; beispielsweise durch gesetzliche Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation und -verteilung, der Umweltbelastungen, der Versorgung mit qualitativ hochwertigen Wohnungen, Ernährung, Gesundheitseinrichtungen und Bildung.

Stopp dem Sozialabbau!

Sozialleistungen dürfen keine Almosen sein, die in Zeiten här-

terer Umverteilung wieder entzogen werden. Wir lehnen Abbaumassnahmen bei Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen strikt ab – ob sie nun Alleinerziehende, alte Menschen, Erwerbslose, Flüchtlinge, Invalide, Kinder, Personen mit Pflegeaufgaben, Sans Papiers, Working poor oder Menschen in Erwerbsarbeit treffen.

Gegensteuer geben!

Ob Menschen nur nach ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft bemessen werden oder ob ihre Würde, ihre Grundrechte und ihre Bedürf-

nisse im Vordergrund stehen, hängt auch von unserem und Ihrem Engagement ab. Wir mischen uns ein in die politische Diskussion, bieten Menschen in prekären Lebenssituationen sowie sozial oder gewerkschaftlich Interessierten ein Forum, sich über ihre Erfahrungen auszutauschen, Forderungen zu entwickeln und aktiv zu werden. Armut, Prekarität, Ausgrenzung betrifft alle – beziehen Sie Stellung, werden Sie aktiv! ●



Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung, Amsterdam 1997

Für eine soziale Ökonomie

Krisenbewältigung, besser Krisengestaltung, ist nicht von oben nach unten und amtlich verordnet machbar. Eine nachhaltige Entwicklung können nur kooperative Systeme von unten ermöglichen. Ein Blick zurück in die 20er und 30er Jahre lohnt sich: Direkte Aktion und gegenseitige Hilfe der Erwerbslosen leiteten eine Entwicklung ein, die auf lange Zeit ein solidarisches Gemeinwesen prägte. Erwerbslose begannen in den unterprivilegierten Quartieren mit dem Bau fehlender Sportplätze und legten kurzerhand die Fussballfelder Acker- und Voltamätteli an. Mit der Schaufel

in der Hand zogen sie dann vors Rathaus und verlangten die Bezahlung ihrer Arbeit. In Selbsthilfe legten sie damit den Grundstein für den späteren sogenannten Arbeitsrappen. Auf jeden Franken Lohnarbeit wurde ein Rappen abgezogen, um Projekte im Kanton zu realisieren wie das Kunstmuseum, das Hafengebäude 2 und Vieles mehr. Nicht die chemische Industrie hat die Region reich gemacht. Es waren die reichen und breiten Erfahrungen der Kooperation von unten, die in der Region ein Klima schafften, in dem sich die chemische Industrie derart dyna-

misch entwickeln konnte. Heute sind die grossen Infrastrukturen gebaut. Heute gibt es die Sozialversicherungen, die (noch?) eine gewisse Sicherheit bieten. Mehr denn je handelt aber das transnationale Kapital unberechenbar in den globalisierten Märkten. Lokal können wir zwar kaum Einfluss auf die Konzernstrategien nehmen, was aber nicht heisst, dass wir der Situation abhängig und willenlos ausgeliefert sind. Teilhabe und Teilgabe am gesellschaftlichen Leben für die vom System ausgeschlossenen Menschen kann durch eine soziale und lokale Ökonomie erfolgen. ●

Nullen und Anreize

Eine neue Waffe bereichert das Arsenal staatlicher Sparmassnahmen: das so genannte „Anreizsystem“, um Menschen zu etwas bewegen, was sie nicht wollen. Doch für Menschen, die mit minimalen Einkommen leben oder sich zu Billigstlöhnen auf dem Arbeitsmarkt verkaufen müssen, liegt die Reizschwelle so hoch, dass sie „Anreize“ sofort als Nötigung entlarven, als die sie offensichtlich gedacht sind. Ganz anders könnte die Anreiz-Philosophie bei besser situierten Kreisen greifen. Man streiche beispielsweise einem Regierungsrat, der für Soziales zustän-

dig ist, eine bescheidene Null aus seinem Gehalt: Schon wäre der Anreiz wesentlich grösser, sich ernsthaft mit politischen Kernaufgaben zu befassen und kreative Lösungen für den Ausstieg aus Armut zu finden. Oder ein Konzernmanager: Schon zwei kleine Nullen weniger könnten ein ungeheures Potential freisetzen, selbst komplexe Zusammenhänge wie den zwischen Armut, Einkommen und Beschäftigung zu erfassen oder den zwischen Kriegen, Krankheiten, Umweltzerstörung und Produktauswahl. Daher unser Tipp: Sparen wir bei falschen Anreizen. ●

IGA Inserat

Interprofessionelle
Gewerkschaft der
ArbeiterInnen

Werden Sie Mitglied!

Name, Vorname, Adresse

Talon einsenden an: IGA,
Oetlingerstrasse 74, 4057 Basel



Kontakt/Mitwirkung

Die „Armutskonferenz von unten“ findet rund einmal im Monat statt.
Kontakt: Liste gegen Armut und Ausgrenzung, Postfach, 4005 Basel
Tel. 061/681 15 85; E-Mail: armutsliste@tiscali.ch

Spenden

Diese Zeitung wie auch der ganze Wahlkampf bestreiten wir ohne einen Rappen in der Kasse, das heisst, wir leben von Ihrer Spende!

PC - Konto 40-194317-4, lautend auf „Liste gegen Armut und Ausgrenzung“, 4000 Basel

Weitere Information

Eine Liste unserer konkreten unmittelbaren Forderungen und das Manifest der „Armutskonferenz von unten“ finden Sie auf unserer Website.

www.liste13.ch.vu